Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 200. | Dresden, Sonnabend den 30. August 1919. | 30. Jahrg.

Polnisch-tschechischer Konflikt.

Die Polen rüsten zum Kampf.

Die Scharmützel mit polnischen regulären Truppen an der oberschlesischen Grenze dauern weiter an. Das Kreisgericht in Beuthen fördert in seinen Verhandlungen, die täglich stattfinden, wobei drei Anklagevertreter ständig tätig sind, immer neues Material über eine aktive Tätigkeit regulärer polnischer Truppen in den oberschlesischen Unruhen zutage. Wie die Kattow. Ztg. von unterrichteter Seite erfährt, haben höhere Intendanturbeamte aus Krakau und Offiziere der Haller-Armee in ihrer Unterhaltung kein Hehl daraus gemacht, daß bei der Warschauer Regierung die Absicht bestehe, den oberschlesischen Aufstand mit Truppen zu unterstützen, und daß, falls die tschechische Frage in den nächsten Tagen nicht entschieden werde, die polnische Offensive gegen Tschechien eröffnet werden soll. In Gzedasz und Dendzin wurden wichtige Stäbe der Hallerschen Truppen postiert. Deutsche Flieger haben festgestellt, daß der Zugverkehr mit Truppentransporten außerordentlich bedeutend war. In Sosnowiece waren beispielweise 300 Wagen, in Oberberg über 400 Wagen zusammengezogen.

Die polnischen Klagen über die Grausamkeiten der Deutschen in Oberschlesien werden von der ausländischen Presse keineswegs überall als bare Münze genommen. Neuyork American schreibt zwischen dieser Propaganda und der Kriegspropaganda bestehe eine verdächtige Aehnlichkeit.

•

Das Schicksal Teschens.

Oeffe Slowo meldet, die tschechoslowakische Regierung habe aus Paris die Nachricht erhalten, daß die Stadt Teschen für die Tschechoslowakei verloren sei. Die Prager Tribuna berichtet, daß sich die Bevölkerung des Teschener und Ostrauer Gebietes durch die Nachricht, daß Teschen für die Tschechoslowakei verloren sei, ungeheure Aufregung bemächtigt habe. Der Nationalrat für Schlesien habe ein Telegramm an Clemenceau gerichtet, in welchem auf die möglichen Folgen der Beunruhigung der Bevölkerung hingewiesen wurde.

•

Unruhen in Mährisch-Ostrau.

Die Mährisch-Ostrauer Zeitung meldet: Bei Dziedzitz kam es zu einem Feuergefecht. Als die Arbeiter früh in den Silesia-Schacht einfahren wollten, sind Schüsse von Gottschalkowitz aus Maschinengewehren gefallen. Unter den Arbeitern entstand eine Panik. Auf beiden Seiten griff auch Artillerie in den Kampf ein. Die Bevölkerung von Dziedzitz und Umgebung ist in größter Aufregung.

•

Lebensmittelkrawalle in Oppeln.

In Oppeln kam es in den letzten Tagen zu großen Zusammenrottungen der Bevölkerung, welche eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise und der Preise für Wirtschaftsartikel forderte. Bereits Donnerstag stürmte die Menge die Stände der Obst- und Gemüsehändler, besonders der Großhändler. Freitag früh setzten sich die Zusammenrottungen in großem Maße fort. Die Menge drang in eine größere Anzahl Geschäfte der Textil-, Lebensmittel-, Bekleidungs-, Zigarren- und Zigarettenbranche. Die Waren wurden weit unter Preis verkauft. Ein Teil der Geschäfte wurde geplündert. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Die Ausschreitungen nehmen ihren Fortgang.

Entwaffnung der ungarischen Monarchisten

Die Verhandlungen in Ungarn sind auf einem toten Punkt angelangt. Man will keine Entscheidung treffen, ehe die Entente sich geäußert hat. Eine indirekte Antwort der Entente ist allerdings bereits gestern früh dadurch erfolgt, daß die Rumänen anscheinend im Auftrage der Entente mit der Entwaffnung aller in Budapest befindlichen Offiziere und der Internierung dieser Offiziere in ihren Wohnungen begonnen haben. Die 3000 bis 4000 Offiziere, die sich gegenwärtig in Budapest aufhalten, stellen die einzige bewaffnete Macht in Ungarn dar und die Gefahr scheint groß gewesen zu sein, daß von seiten dieser Offiziere ein monarchistischer Putsch ausgeführt worden wäre.

Auch andre Meldungen besagen, daß die Habsburger ihr Spiel noch lange nicht verloren geben. Der Temps meldet, daß in den letzten Tagen neuerdings wichtige Besprechungen zwischen den in die Schweiz geflüchteten Mitgliedern der Habsburger Monarchie stattgefunden haben. Den letzten Sitzungen, die im Schlosse Frangins in der Umgebung von Lausanne abgehalten wurden, haben auch Graf Berchtold, Fürst Windisch-Grätz, Fürst Cenock-Lobkowitz-Chulmatzki und Konsul Steiner beigewohnt. Fürst Windisch-Grätz scheint bei diesen Beratungen und in der Propaganda zugunsten der Wiedereinsetzung der Dynastie Habsburg die Hauptrolle zu spielen. Das Ziel dieser monarchistischen Propaganda ist gegenwärtig die Schaffung einer Donauföderation und die Verhinderung einer Balkanisierung Mitteleuropas.

Der Tannenbergrummel.

Die Sedanfeiern hat man glücklich abgeschafft. Immerhin hatten sie einen Sinn, denn sie erinnerten uns an einen gewonnenen Krieg, der die Reichseinheit herbeiführte. Was aber soll die Tannenbergfeier, die der Ostdeutsche Heimatbund für den 31. August ankündigt und zu der nach Zeitungsnachrichten große Vorbereitungen getroffen werden? Sogar Sonderzüge sollen von den verschiedensten Städten nach dem Schlachtfelde abgehen, jetzt in den Zeiten größter Kohlennot! Gewiß, wir können verstehen, daß die Ostpreußen jener Schlacht ein dankbares Gedächtnis weihen, die die russische Dampfwalze zertrümmerte — aber zu lauten Feiern liegt gewiß kein Anlaß vor. Wissen wir doch im Augenblick noch gar nicht, was uns bleibt von unseren Ostprovinzen, ob nicht die Volksabstimmung uns doch noch entreißt, was die Tannenberger Schlacht zu sichern schien!

Aber wahrscheinlich handelt es sich gar nicht so sehr um eine Tannenberg- wie um eine Hindenburg-Feier. Die Rechtsparteien schlagen den Feldmarschall allen Ernstes als künftigen Reichspräsidenten vor, und sie benutzen nun jede Gelegenheit, diesen populärsten aller lebenden Deutschen aus seiner Zurückgezogenheit wieder mit Gewalt in den Vordergrund zu schieben. Natürlich wäre Hindenburgs Präsidentschaft die erste Etappe auf dem Rückmarsch zur Monarchie — und wir dürften es dem greisen Soldaten nicht einmal verdenken, wenn er das Reichsschiff dahin steuerte, wo es nach seiner ehrlichen Ueberzeugung am sichersten aufgehoben ist. Aber selbst wenn wir wüßten, daß Hindenburg sich nicht zum Handlanger der Reaktion hergäbe, müßten wir seine Präsidentschaft auf das entschiedenste zurückweisen. So groß er als Feldherr ist, von Politik versteht er blitzwenig. Das kündet deutlich seine Denkschrift vom August 1918, in der er gegenüber dem Dr. Michaelis alles zusammenfaßt, was er an der Regierung Bethmann-Hollweg auszusetzen hatte. Da wirft er ihr vor: Passiven Widerstand beim U-Bootskrieg, Nachgibigkeit gegenüber dem Reichstag, Laufenlassen der Presse, Schädigung des Ansehens der Monarchie — mit einem Wort, er beweist darin klipp und klar, wie gründlich er den Geist der Zeit verkannte.

Wir glauben nicht, daß die Deutschnationalen Hindenburg durchdrücken werden. Trotz allen Veröffentlichungen, trotz allen Feiern. Aber der Plan allein schon zeigt uns doch, wie eifrig die Feinde der Republik am Werke sind. Wollten doch nur alle Arbeiter einsehen, wie wichtig es wäre, daß die Regierung nach links hin Luft bekäme, daß sie es nicht mehr nötig hätte, sich gegen phantastische Umsturzpläne und selbstmörderische Wirtschaftssabotage zu wehren. Dann würden wir auch gegen unsre Staatsstreichmänner von rechts besser gewappnet sein.

•

Eine Rede Hindenburgs.

Einen neuen Beweis für die politische Naivität des Generalfeldmarschalls, dessen ganzes Fühlen und Denken in der Vergangenheit wurzelt, bildet Hindenburgs Ansprache an die hannoverschen Schüler, die ihm anläßlich des fünfjährigen Jahrestages der Schlacht von Tannenberg eine Huldigung darbrachten. Der Feldmarschall sagte u. a.: Wenn es mir gelungen ist, heute vor fünf Jahren einen glänzenden Sieg zu erringen, so führe ich dieses auf Gottes Fügung und auf den Geist der mir anvertrauten Truppen zurück. Dieser Geist darf uns nicht verlorengehen, wenn auch jetzt traurige Zeiten für uns angebrochen sind. Wir dürfen den Mut nicht sinken lassen, dürfen nicht zu Parias der Gesellschaft, zu Heloten unsrer Feinde werden. Wir müssen wieder werden, wie wir damals waren, als in Versailles das neue Kaiserreich gegründet wurde, wobei ich mich unter denjenigen befand, die das erste Hoch auf den Kaiser ausbringen konnten. Der Geist dieser großen Zeit darf uns nicht verlorengehen in dieser schlappen, falschen Zeit.

Die Kriegsgefangenen als Druckmittel.

wtb Versailles, 29. August. Der Oberste Rat der Verbündeten veröffentlicht folgende Note:

Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mildern, haben die verbündeten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den **Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudatieren.** Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter angegliedert werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist. Die verbündeten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, von der die deutschen Soldaten so große Vorteile haben, nur dann von Dauer sein wird, **wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.**

Berlin, 29. August. Von zuständiger Stelle wird zu dem Beschluß des Obersten Rats erklärt: Die Nachricht, daß jetzt endlich der von uns allen so sehr ersehnte erste Schritt zur Freilassung unsrer gefangenen Brüder getan werden soll, wird in ganz Deutschland freudig begrüßt werden. Es ist jedoch lediglich der erste Schritt. Die Kriegsgefangenen werden nicht, wie man aus der in einem Berliner Blatt erschienenen Meldung vielleicht entnehmen könnte, sofort entlassen werden. Das geht schon aus der weniger erfreulichen Bestimmung des Obersten Rats hervor, daß der deutsche Vertreter an den Verhandlungen der Vorbereitungskommission erst teilnehmen soll, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Aber die Tatsache, daß diese interalliierte Kommission, deren Einsetzung von der deutschen Delegation immer wieder auf das dringlichste gefordert wurde, endlich zusammentritt und sofort mit den Vorbereitungen des Rücktransports beginnt, gibt uns die Hoffnung, daß die Vorarbeiten so schnell gefördert werden, daß die Entlassungen unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensvertrags beginnen können.

wtb Berlin, 29. August. Die Frauenliga zur Heimholung der Kriegsgefangenen hat durch Frau Dr. Schwarz aus Bochum mit dem Reichsminister des Auswärtigen in Weimar verhandelt und bei ihm tatkräftige Unterstützung gefunden. Die Erlaubnis zur Einreise in die Schweiz wurde erteilt. Besprechungen mit den weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung lassen erwarten, daß die Frauenorganisationen aller Parteien sich zusammenschließen und eine Kundgebung zugunsten der baldigen Heimkehr unsrer Kriegsgefangenen erlassen.

Verlorne Streiks.

In der ersten Zeit nach der Revolution setzten die Arbeiter nahezu alle ihre Lohnforderungen durch. Wo die Unternehmer nicht freiwillig nachgaben, genügte ein kurzer Streik, um ihre Einwilligung zu erzwingen. In neuerer Zeit hat sich das geändert. Der letzte Straßenbahnerstreik in Berlin war für die Streikenden ein Fehlschlag, und der Hamburger Bankbeamtenstreik hat nach langer Dauer mit bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit geendet. Ganz kläglich sind einige Streiks ausgelaufen, die unabhängige und kommunistische Drahtzieher gegen den Willen der übergroßen Mehrheit der beteiligten Arbeiter unter Tarifvertragsbruch ins Werk zu setzen versuchten, insbesondere der Kalibergarbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Die siegreiche Kraft der Streiks in der ersten Revolutionszeit beruhte nicht auf der wirtschaftlichen Lage, deren Gunst es den Arbeitern erlaubt hätte, allen ihren Wünschen Erfüllung zu verschaffen. Vielmehr waren es politische Mittel, durch die die Unternehmer zum Nachgeben gezwungen wurden, und diese politische Vergewaltigung der wirtschaftlichen Verhältnisse rächte sich sehr bald, indem die Zahl der Arbeitslosen stieg. Am gewalttätigsten ging es dabei in Oberschlesien zu; dort wurden die Bergwerksdirektoren, wenn sie nicht sofort unterschrieben, was man ihnen vorlegte, auf den Karren geladen, verprügelt oder über die Schlackenhalde gestürzt. Aber auf diese Weise lassen sich vielleicht vorübergehend die größten Zugeständnisse erpressen, jedoch läßt sich niemals dauernd eine gesunde Produktion darauf aufbauen. Die Wiederkehr der inneren Ordnung hat die Anwendung dieser terroristischen Streikmethoden unmöglich gemacht. Und nun zeigt es sich deutlich, daß die wirtschaftliche Lage keineswegs dazu angetan ist, um die Verbesserung der Arbeiterlage zu erleichtern. Fast alle Großunternehmungen leiden den schweren Mangel an Kohle und können nur **noch mit Unterbrechungen weiterarbeiten;** sie auf längere Zeit ganz einzustellen, würde den Unternehmern ein Vergnügen sein. Die schwere wirtschaftliche Krise, die die Niederlage für Deutschland unabwendbar im Gefolge haben mußte, beginnt sich auszuwirken. In wenigen Wochen wird die Zeit gekommen sein, in der die Arbeiter erkennen werden, wie wahr die gesprochen haben, die vier Kriegsjahre hindurch nicht müde geworden sind, ihnen auseinanderzusetzen, daß Deutschlands Niederlage niemand, weder Fürsten noch Kapitalisten, so schwer schädigen würde, wie gerade die deutschen Industriearbeiter und den deutschen Sozialismus.

Der hereinbrechende Winter droht furchtbar zu werden. Schwere Kohlennot, weitausgedehnte Arbeitslosigkeit, schwierige Lebensmittelverhältnisse, dabei Erschöpfung aller früheren Vorräte und Kraftreserven durch den Krieg werden für breite Massen das Leben qualvoll machen. In solcher Zeit bedarf es mehr als je einer überaus vorsichtigen und besonnenen Gewerkschaftstaktik, um nicht mit einem Schlage alles zu verlieren, was die Arbeiter in Jahren mühevoller Arbeit gewonnen haben. Langfristige Tarifverträge haben bekanntlich einen doppelten Charakter: sie sichern in Zeiten der Hochkonjunktur den Unternehmer vor plötzlichen hochgespannten Ansprüchen der Arbeiter und sichern in Zeiten

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190830/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG